

) TOP Hinweis des Oberbürgermeisters zur Tagesordnung

Aussetzung Tagesordnungspunkt (TOP) 11

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, dass TOP 11 von der Tagesordnung genommen werde, da es noch am späten Vorabend per E-Mail einen Kompromissvorschlag gegeben habe. Er strebe eine einheitliche Lösung an und beabsichtige den Tagesordnungspunkt TOP Platz- und Straßenbenennungen / Konversionsgebiet „Am Buchberg“ in einer folgenden Gemeinderatssitzung zu beraten. Es gebe hier keine Eile.

Stadträtin Wiemer zeigt sich mit der Aussetzung des Tagesordnungspunktes nicht einverstanden, es liege bereits eine Abstimmung des Arbeitskreises „Straßenbenennung Konversionsgebiet“ vor.

1) TOP Einwohnerfragen

TOP 15 - Vertragsverhandlungen mit der Verkehrsgesellschaft Bregtal GmbH

Herr Schmitt-Cotta, wohnhaft in Donaueschingen, bittet um Erläuterung der Bedingungen, die für die Vertragsverlängerung des Donaubusses im Sinne des PBefG mit der Verkehrsgesellschaft Bregtal GmbH bedeutsam seien.

Oberbürgermeister Pauly: Die Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr habe zu dem Tagesordnungspunkt getagt und ausführlich beraten. Heute gehe es, entsprechend der Empfehlung der Arbeitsgruppe, um die Entscheidung der grundsätzlichen Verlängerung des Dienstleistungsvertrags mit der Verkehrsgesellschaft Bregtal mbH. Anpassungen seien auch nach Vertragsverlängerung noch möglich.

TOP 2 - Erweiterung des Standortübungsplatzes Bundeswehr

Hildegard Körner, Sprecherin des Naturschutzbundes Schwarzwald-Baar weist darauf hin, dass die Erweiterung des Standortübungsplatzes einen massiven Eingriff in die Natur bedeute. Sie verstehe nicht, warum vorhandene Standortübungsplätze wie Münsingen und Immendingen nicht weitergenutzt, sondern aufgegeben worden seien und es nun einen neuen Übungsplatz brauche. Sie wolle wissen, ob dafür ein Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) vorgesehen sei und die Umweltverträglichkeit geprüft werde.

Sie bitte ferner um Angaben, wieviel Waldumwandlung erforderlich sei und wie der Erhalt und die Pflege der Fläche gewährleistet werden könne, wenn das neue Gebiet zu Übungszwecken umzäunt werde.

Oberbürgermeister Pauly erläutert, dass entsprechende Prüfungen vorgenommen würden und die Ergebnisse und Fakten abzuwarten seien.

2) TOP 1-004/20 Erweiterung des Standortübungsplatzes der Bundeswehr

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-004/20 ein.

Die Stadt sei froh, dass das Jägerbataillon 292 der deutsch-französischen Brigade hier stationiert sei. Nun habe es um größere Übungsräume für sich gebeten. Bemerkenswert sei, dass durch den bereits bestehenden Übungsplatz in Grüningen im Waldgebiet kaum Lärm verursacht werde.

Oberst Martens: Zuerst werde eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz vorgenommen. Im Anschluss werde geplant, ob dieser Standort geeignet sei. Derzeit befinde man sich vor dem Verfahren. Das Anhörungsverfahren beim ministeriellen Ausschuss für Städte und Gemeinden sei noch nicht eröffnet. Wegen des guten Miteinanders und um Transparenz zu schaffen, würden die Öffentlichkeit sowie die Anrainergemeinden vorab in das Vorhaben miteinbezogen.

Im Gemeinderat Villingen-Schwenningen habe es einen regen Austausch und ein konstruktives Miteinander gegeben. Das werde bei den Planungen berücksichtigt. Es gehe dabei nicht um eine politische Entscheidungsdiskussion, warum und wann welcher Standortübungsplatz aufgegeben werde. Das sei Sache der politischen Mandatsträger.

2015 sei der Bedarf der Truppen an einem weiteren Standortübungsplatz gemeldet worden. 2017 habe es neue Vorschriften gegeben. In 2019 sei der Planungsbeginn möglich gewesen. Er freue sich heute zeitgleich alle drei betroffenen Gemeinden darüber informieren zu können.

Oberstleutnant Thielmann: Heute gehe es darum, über das Projekt und den Planungsstand auf der Grundlage der neuen Vorschriften zu informieren. Die Rückmeldungen müssten dann ausgewertet werden. Danach werde das Landbeschaffungsverfahren zur Genehmigung eingeleitet. Der Standortübungsplatz sei vor allem für Ausbildungszwecke die Soldaten des deutsch-französischen Versorgungsbataillons mit ca. 1000 Mitarbeitern am Standort Donaueschingen gedacht und diene Vorbereitungen für Einsätze des Landesbündnisvertrags. Die Belegungsstärke liege dabei zwischen 10 – 60 Übenden. Das Projekt sei notwendig.

Dem Gremium wird die Präsentation „Information über die geplante Neueinrichtung eines Standortübungsplatzes für das Jägerbataillon 292“ vorgestellt. Diese liegt der Niederschrift bei.

Für das Projekt müsse ein Landbeschaffungsverfahren eingeleitet werden. 52 Hektar Fläche sei für einen Standortübungsplatz zu klein. Bereits vor dem Anhörungsverfahren werde die Öffentlichkeit informiert und beteiligt. Erst wenn das Anhörungsverfahren abgeschlossen sei, werde das Gutachten ausgewertet und die Planung entsprechend angepasst, damit der Landbeschaffung nichts mehr im Wege stehe. Bislang sei der Standort des Truppenübungsplatzes in Stetten am kalten Markt. Das sei keine Option für die Zukunft, da die Fahrzeit von 2 Stunden für eine Wegstrecke zu viel Zeit in Anspruch nehme, die besser für Übungszwecke genutzt werden könne. Das sei nicht länger hinnehmbar. Es brauche da dringend räumliche Nähe.

Auf Rückfragen aus dem Gremium und auf die Einwohnerfragen von Frau Körner:

- Das Übungsgelände sei am Wochenende betretbar. Es werde keinen Zaun um die komplette Fläche geben.
- Die Übungshandgranate (blau) sei leiser und unterscheide sich von der Gefechtshandgranate, auch wenn der Mechanismus analog sei.
- Auf die Umweltverträglichkeitsprüfung folge eine Artenschutzprüfung. Wenn der Einfluss des Standortübungsplatzes auf die Gemeinden nicht tolerierbar sei, könne dieser dort nicht geschaffen werden.
- Eine Waldumwandlung sei nicht geplant, der Eingriff in die Natur werde so gering wie möglich gehalten. An anderer Stelle werde dann wieder aufgeforstet. Die Bundeswehr wolle keine Umweltschäden, die vermeidbar sind. Nach Wertung der Ergebnisse der vielen Prüfungen werde es Anpassungen an das Projekt geben.

Oberbürgermeister Pauly bittet um Auskunft, wann der geplante Standortübungsplatz in Betrieb genommen werden könne und wie die Rechte der Einzelnen bzw. der betroffenen Gemeinden seien, wenn das Einverständnis fehle und ob die Ablehnung des Projekts Konsequenzen habe.

Oberst Martens: Wenn das Verfahren reibungslos verlaufe, könne der Standortübungsplatz voraussichtlich 2025 in Betrieb genommen werden. Allein die artenschutzrechtliche Prüfung dauere ungefähr ein Jahr. Der heutige Beschluss des Donaueschinger Gemeinderats sowie die Beschlüsse und Stellungnahmen der anderen Gemeinden würden dem ministeriellen Ausschuss des Landes Baden-Württemberg zur Kenntnis gegeben, der alles zusammenfasse und aus seiner Sicht bewerte. Nach Erhalt werde dieses Gutachten an das Bundesministerium für Verteidigung weitergeleitet, das dann über das Vorhaben entscheide.

Fraktionssprecher Blaurock fragt an, ob das Gutachten und das Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung dem Gemeinderat zur Einsichtnahme vorgelegt werden könne. Ihm sei klar, dass eine Ablehnung des Gemeinderats nichts bewirken werde. Er frage sich, ob die Nutzung des Standortübungsplatzes an die Einheit gebunden sei oder ob nach einer Verlegung des Jägerbataillons 292 eine andere Nutzung erlaubt werde. Auch wenn die Gesamtfläche nicht eingezäunt werde, sei von Interesse, inwieweit das Gelände zugänglich sei.

Oberst Martens: Das Gutachten könne seines Erachtens nach Abschluss des Verfahrens heraus weitergeleitet werden. Ein Austausch über die Ergebnisse schaffe Transparenz und fördere das gute Miteinander.

Oberstleutnant Thiemann (auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Die Frequenz und Intensität des Übungsbetriebs seien auftragsbedingt unterschiedlich. Je nachdem, ob es sich um die Vorbereitung auf einen Einsatz handle, bei dem gegebenenfalls Kettenfahrzeuge im Einsatz seien oder ob im Rahmen der Grundausbildung unterschiedliche Bewegungsarten geübt würden.

Oberstleutnant Deigner, stellvertretender Bataillonskommandeur: Er gehe davon aus, dass der Übungsbetrieb von 10-60 Soldaten an ungefähr 150 Tagen stattfinden werde, von denen ca. 50 Einsätze bei Nacht seien. Munition komme dabei nicht immer zum Einsatz.

Oberstleutnant Thielmann: Der Standortübungsplatz sei an den Standort und nicht an den Nutzer gebunden. Da beispielsweise ein Panzerbataillon mehr Fläche brauche, sei es eher abwegig, dass ein anderer Truppengattungsverbund in Donaueschingen stationiert werde. Wenn kein Übungsbetrieb sei, könne die ganze Fläche betreten werden. Andernfalls gebe es eine rote Flagge und den Hinweis, dass Schießbetrieb sei.

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Greiner): Ein Absperrposten kontrolliere das betreffende Gebiet und stelle sicher, dass sich keine zivilen Personen darin aufhielten. Das Entfernen von Rückständen nach der Übung gehöre zu den allgemeinen Schutzmaßnahmen, um Schädigungen zu vermeiden.

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Vetter): Die Möglichkeit einer eigenen Fahrzeugwaschanlage mit einem Wasserrecyclingsystem werde geprüft. Bezüglich des Wegenetzes solle der Eingriff so gering wie möglich gehalten werden. So sei die Asphaltierung der Wege eher nicht vorgesehen.

Fraktionssprecherin Weishaar fragt nach, ob es eine Alternative zum Übungsplatz am Standort gebe und ob ein ablehnender Beschluss des Gemeinderats dazu führe, dass ein anderer Standort gesucht werde. Denn der Eingriff in die Natur sei massiv.

Oberstleutnant Thiemann: Seine Infrastrukturabteilung entscheide nicht über die Stationierung der Truppe, das sei eine hochpolitische Angelegenheit. Eigene Flächen für einen Standortübungsplatz gebe es keine. Eine Alternativprüfung gebe es nur bei entsprechenden Rahmenbedingungen. Wichtig sei, dass der räumliche Zusammenhang zwischen Standort und Übungsplatz hergestellt werde.

Oberbürgermeister Pauly empfiehlt, die Diskussion wie bisher sachorientiert weiterzuführen und nicht auf die emotionale Ebene zu verlagern. Die Bundeswehr prüfe die Beschwerden und Benachteiligungen. Das Ergebnis stehe noch aus.

Fraktionssprecher Dr. Wagner betont die sehr gute Zusammenarbeit mit dem Jägerbataillon 292. Er selbst wohne ca. 1 km Luftlinie entfernt vom derzeitigen Übungsplatz und es gebe keine Beschwerden. Er frage sich aber, ob die Bundeswehr alle Aufgaben wahrnehmen müsse und wie sich die Übung verändern werde. Verbesserungswürdige Punkte sollten aufgenommen werden.

Oberstleutnant Deigner, stellvertretender Bataillonskommandeur: Die Schießübungen seien wie bisher, es würden keine Panzerfäuste eingesetzt. Die Fahrzeugbewegung sei etwas häufiger, das bedeute jedoch keine gravierende Veränderung.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Reinbolz) bejaht Herr Deigner, dass unbewaffnete Dronen zum Einsatz kommen (Typ: Mikado). Größere Dronen gebe es in Stetten am kalten Markt.

Stadträtin Wiemer zeigt wenig Verständnis für die Forderung nach einem standortnahen Übungsplatz. Es gehe wertvolle ökologische Fläche verloren und die Bevölkerung werde kaum Akzeptanz dafür aufbringen. Ein Arbeitnehmer müsse unter Umständen auch eine längere Distanz zum Arbeitsplatz zurücklegen, dasselbe sei auch für Soldaten zumutbar.

Oberstleutnant Thiemann: Die Fahrzeit gehe an der Ausbildungszeit verloren.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Kaiser) Einige Übungsräume wären derzeit gepachtet, die aber nur eingeschränkt nutzbar seien und auch nicht mehr gepachtet würden.

Oberbürgermeister Pauly dankt für den sachlichen Vortrag. Das Verfahren werde kritisch begleitet.

Oberst Martens bittet zur Klärung um Mitteilung offener Punkte.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von den Ergänzungsmaßnahmen zu dem Standortübungsplatz Donaueschingen.

3) TOP 1-015/20 Digitalisierung bei der Stadt Donaueschingen - Sachstand und weiteres Vorgehen

Oberbürgermeister Pauly übergibt das Wort an Amtsleiter Biehler, der in die in die Sitzungsvorlage Nr. 1-015/20 einführt.

Herr Schöll, Fa. Bächle & Spree, stellt dem Gemeinderat die Präsentation „Digitaler Wandel“ vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Oberbürgermeister Pauly: Die Stadtverwaltung möchte die Digitalisierung voranbringen, die 130.000 Euro kosten werde (Sitzungsvorlage, Seite 14).

Fraktionssprecher Greiner: Auch wenn ihn die Eile überrasche, stimme seine Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu. Ihn interessiere, ob das System auf neue Entwicklungen portabel sei und was mit den gesammelten Daten passiere. Er hoffe, dass die Digitalisierung sich finanziell positiv auf den städtischen Haushalt auswirke.

Stadtrat Kuttruff beklagt zunächst die schlechte Akustik im Versammlungssaal. In der 2. Reihe sei diese eine Zumutung.

Er könne die Kosten in Höhe von 130.000 Euro nicht nachvollziehen und bitte um Angaben, für welche Bestandteile und über welchen Zeitraum die Kosten anfielen. Dem Beschlussvorschlag werde er zustimmen.

Stadtrat Kaiser gibt zu bedenken, dass Digitalisierung mit zeitaufwendiger Standardisierung verbunden sei. Zudem berge diese auch die Gefahr, dass die Verwaltung in Krisenzeiten nicht mehr handlungsfähig sei, wenn es zu einem unvorhergesehenen Systembruch komme. Er fordere daher eine sog. Rückfallebene.

Stadträtin Vogelbacher: Es sei wichtig, dass die Bürger das Angebot digitaler Prozesse annähmen (Sitzungsvorlage, Seite 15). Die Verwaltung könne durch das „Front-End“ von Daten beim „Back-End Scanning“ profitieren. Dazu brauche es viele und gute Scanner.

Sie verstehe nicht, warum so viele Lizenzen erforderlich seien. Statt den „Named User Accounts“ seien auch Shared User Accounts denkbar.

Amtsleiter Biehler: Es gebe 100 Lizenzen, sog. Floating-Lizenzen, die nicht personenbezogen seien. Dabei könnten maximal 100 Personen gleichzeitig auf das System zugreifen.

Das Angebot, das 2019 beim Rechenzentrum angefragt wurde, sei erst im Juni 2020 eingegangen. Damit sei die Aufnahme in die Haushaltsberatungen 2020 nicht mehr möglich gewesen. Nun könne das vorliegende Angebot angenommen werden oder es verfalle. Zum jetzigen Zeitpunkt sei im November 2020 ein Projektplatz gesichert.

Im Folgenden zählt Amtsleiter Mike Biehler die Vorteile der Mitgliedschaft beim Rechenzentrum auf und gibt an, dass 33 von 35 Landkreisen mit dem Rechenzentrum zusammenarbeiten würden und untereinander Schnittstellen vorhanden seien.

Es gebe derzeit zwei Duplex-Scanner bei der Kämmerei/Stadtkasse. Ein dritter Scanner sei für den Posteingang geplant (ca. 1.500 Euro)

Herr Schöll, Fa.Bächle & Spree: Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen (Onlinezugangsgesetz – OZG) verpflichte Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale auch digital anzubieten.

Stadtrat Reith: Das Gesetz müsse umgesetzt werden.

Amtsleiter Biehler (Auf Nachfrage von Stadtrat Reith): Eine Zuschussrunde vom Land Baden-Württemberg gebe es derzeit nicht. Beschaffungskosten würden nicht finanziert werden.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt eine Digitalisierungsstrategie zu erstellen und den Gemeinderat hiervon zu unterrichten.
2. Die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems soll noch für das Jahr 2020 beauftragt werden.
3. Der im Sachverhalt vorgeschlagenen Finanzierung für das Jahr 2020 wird zugestimmt.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Haushaltsmittel in die Haushaltsplanung ab dem Jahr 2021 einzustellen.

(33 Ja , 0 Nein, 0 Enthaltungen)

4) TOP 7-016/20 Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH Donaueschingen - Weisungsbeschlüsse 2019

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-016/20 ein.

Herr Bussart, LFK Partner, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, stehe für Fragen zur Verfügung.

Aus dem Gemeinderat werden keine Fragen gestellt.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, in der kommenden Gesellschafterversammlung der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH am 29.07.2020 wie folgt abzustimmen:

a) Der Jahresabschluss 2019 der Konversions- und Entwicklungsgesellschaft mbH wird wie folgt festgestellt:

1.	Bilanzsumme	7.831.251,99 €
1.1	Davon entfallen auf die Aktivseite	
1.1.1	Anlagevermögen	1.699.244,76 €
1.1.2	Umlaufvermögen	6.111.267,13 €
1.1.3	Rechnungsabgrenzungsposten	20.740,10 €
1.2	Davon entfallen auf die Passivseite	
1.2.1	Eigenkapital	
1.2.1.1	Gezeichnetes Kapital	3.000.000,00 €

1.2.1.2	Gewinnvortrag	1.284.570,54 €
1.2.1.3	Jahresüberschuss	439.437,80 €
1.2.2	Rückstellungen	202.939,86 €
1.2.3	Verbindlichkeiten	2.904.304,09 €

- b) Der Jahresüberschuss 2019 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
- c) Die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2019 entlastet.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

5) TOP 4-032/20 Gemeinsamer Gutachterausschuss für den südwestlichen Schwarzwald-Baar-Kreis / Bestellung Mitglieder Gutachterausschuss und Sachstandsbericht

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-032/20 ein.

Herr Kneer, Geschäftsführer Gutachterausschuss, weist darauf hin, dass Frau Lisa Wolber aus Gütenbach geheiratet habe und nun „Hengstler“ heiße (S.115).

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Blaurock): Die Gutachter der Mitgliedsgemeinden seien auf Vorschlag der beteiligten Städte und Gemeinden benannt worden. Aufgrund der „Öffentlichen-rechtlichen Vereinbarung zur Bildung eines Gemeinsamen Gutachterausschusses für den südwestlichen Schwarzwald-Baar-Kreis“ seien die Rechte, Gutachter zu bestellen, auf den Gemeinderat der Stadt Donaueschingen - als übernehmende Gemeinde - übertragen worden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat bestellt die oben genannten Gutachter und Stellvertreter aus den Mitgliedsgemeinden in den gemeinsamen Gutachterausschuss.
2. Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

6) TOP 4-030/20 Realschule / Neubau - Vergabe Projektsteuerung

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nr. 4-030/20/1.

6.1) TOP 4-030/20/1 Realschule / Neubau - Vergabe Projektsteuerung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 4-030/20/1 ein.

Beschluss:

1. Atrium Projektmanagement GmbH, Am Echazufer 24, 72764 Reutlingen, wird mit den Projektsteuerungsleistungen auf Grundlage des im Rahmen des VgV-Verfahrens abgegebene Honorarangebots beauftragt.
2. Der Gemeinderat wird informiert, sobald eine Kostenschätzung und eine Kostenberechnung nach DIN 276 für den Neubau der Realschule vorliegen. In dieser ist die daraus resultierende Honorarsumme für die Projektsteuerung aufgeführt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

7) TOP 4-027/20 Realschule / Neubau - Vergabe Fachplanungsleistung Tragwerk

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-027/20 ein.

Beschluss:

1. Das Büro Breinlinger Ingenieure GmbH, Tuttlingen, wird mit der Flachplanungsleistung Tragwerksplanung auf Grundlage des im Rahmen des VgV-Verfahrens abgegebenen Honorarangebots beauftragt.
2. Der Gemeinderat wird informiert, sobald eine Kostenschätzung und eine Kostenberechnung nach DIN 276 für den Neubau der Realschule vorliegen. In dieser die daraus resultierende Honorarsumme für die Fachplanerleistung Tragwerk aufgeführt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

8) TOP 4-028/20 Realschule / Neubau - Vergabe Fachplanungsleistung Heizung, Lüftung, Sanitär

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-028/20 ein.

Beschluss:

1. Die ibP Knaus + Zentner, Ing.-Gesellschaft mbH, Pfullendorf, wird mit den Fachplanerleistungen Heizung, Lüftung, Sanitär (HLS) auf Grundlage des im Rahmen des VgV-Verfahrens abgegebene Honorarangebots beauftragt.
2. Der Gemeinderat wird informiert, sobald eine Kostenschätzung und eine Kostenberechnung nach DIN 276 für den Neubau der Realschule vorliegen. In dieser ist die resultierende Honorarsumme für die Fachplanung HLS enthalten.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

9) TOP 4-029/20 Realschule / Neubau - Vergabe Fachplanungsleistung Elektro

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-029/20 ein.

Beschluss:

1. Das Planungsbüro Raible + Partner GmbH & Co KG, Eningen u.A., wird mit der Fachplanungsleistung Elektro auf Grundlage des im Rahmen des VgV-Verfahrens abgegebenen Honorarangebots beauftragt.
2. Der Gemeinderat wird informiert, sobald eine Kostenschätzung und eine Kostenberechnung nach DIN 276 für den Neubau der Realschule vorliegen. In dieser ist die resultierende Honorarsumme für die Fachplanung Elektro aufgeführt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

**10) TOP 4-021/20 Eichendorffschule / Sanierung alte Turnhalle (Halle 1) - Information
Vergabe Zimmerer- und Holzbauarbeiten**

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-021/20 ein.

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt das Ergebnis der freihändigen Vergabe zur Kenntnis.

11) TOP 4-043/20 Platz- und Straßenbenennungen / Konversionsgebiet "Am Buchberg" (abgesetzt)

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Beginn der Sitzung abgesetzt.

12) TOP 9-018/20 Kläranlage Wolterdingen / Neubau Abwasserpumpwerk - Vergabe Hoch- und Tiefbauarbeiten

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nr. 9-018/20/1.

12.1) TOP 9-018/20/1 Kläranlage Wolterdingen / Neubau Abwasserpumpwerk - Vergabe Hoch- und Tiefbauarbeiten

Herr Stadtrat Marcus Greiner ist befangen. Er verlässt den Ratstisch und nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 9-018/20/1 ein.

Beschluss:

1. Firma Behringer Tiefbau GmbH & Co KG, Hüfingen, wird mit den Arbeiten zur Erstellung des Pumpwerks bei der Kläranlage Wolterdingen zum Angebotspreis von

692.252,25 € (netto) zuzüglich des gesetzlichen MWSt-Satzes, beauftragt.

2. Der vorgeschlagenen Finanzierung wird zugestimmt.

(31 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen, 1 Befangenheit)

13) TOP 9-019/20 Kläranlage Wolterdingen / Neubau Abwasserpumpwerk - Vergabe technische Ausstattung

Oberbürgermeister Pauly verweist auf die Tischvorlage Nr. 9-0019/20/1.

13.1) TOP 9-019/20/1 Kläranlage Wolterdingen / Neubau Abwasserpumpwerk - Vergabe technische Ausstattung

Herr Stadtrat Christian Kaiser ist befangen. Er verlässt den Ratstisch und nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt

Oberbürgermeister Pauly führt in die Tischvorlage Nr. 9-0019/20/1 ein.

Beschluss:

Firma Franz Lohr GmbH, Ravensburg, wird der Lieferung und Montage der technischen Ausstattung für das Pumpwerk Wolterdingen zum Angebotspreis von 234.064,18 € (netto) zuzüglich des gesetzlichen MWSt-Satzes, beauftragt.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen, 1 Befangenheit)

14) TOP 7-010/20 Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung / öffentlich-rechtliche Vereinbarung Abwasserentsorgung Mistelbrunn

Herr Stadtrat Christian Kaiser ist befangen. Er verlässt den Ratstisch und nimmt weder beratend noch entscheidend an den Verhandlungen zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-010/20 ein.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Aufhebung der ö.-r. Vereinbarungen über die Mitbenutzung der städtischen Entwässerungsanlagen in Hubertshofen und Wolterdingen (Kanalisation) vom 04.05.2006.
2. Der Gemeinderat beschließt den in Anlage 1 beigefügten Entwurf der ö.-r. Vereinbarung mit der Stadt Bräunlingen und dem Gemeindeverwaltungsverband Donaueschingen.
3. Herr Oberbürgermeister Pauly wird als gesetzlicher Vertreter der Stadt Donaueschingen von den Beschränkungen nach § 181 BGB befreit.
4. Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, die ggf. mit dem Beschluss in Verbindung stehenden weiteren Änderungen eigenmächtig in die Vereinbarung einzuarbeiten.

(32 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen, 1 Befangenheit)

15) TOP 1-016/20 Vertragsverhandlungen mit der Verkehrsgesellschaft Bregtal mbH

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 1-016/20 ein.

Der vorliegende Beschlussvorschlag sei in der Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr vorberaten und dem Gemeinderat mit Mehrheit zur Abstimmung empfohlen worden.

Der Beschluss, den bestehenden Vertrag zu verlängern, bedeute nicht, dass keine systematischen Änderungen mehr möglich seien. Diese seien auch im Interesse der Verkehrsgesellschaft Bregtal mbH (VGB), um Fahrgastzahlen zu erhöhen. Die Zusammenarbeit mit der VGB sei gut. Die Corona-Krise schaffe eine Sondersituation, dennoch werde die Vertragsverlängerung empfohlen.

Fraktionssprecher Dr. Wagner stellt dem Gremium die gleichen Argumente gegen eine Vertragsverlängerung dar, die er bereits in der Sitzung der Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr am 30.06.2020 erwähnt hatte. Im Großen und Ganzen habe es außer der Einführung des Donaubustickets in Höhe von 1,50 Euro keine besonderen Veränderungen gegeben. Der Vertragsverlängerung bis 2027 fehle daher aus seiner Sicht die Grundlage. Er wolle erst grundlegende Veränderungen sehen.

Stadträtin Wiemer weist daraufhin, dass das Gesagte des Fraktionssprechers der FDP/FW-Fraktion, Dr. Wagner, bereits aus der Ausschusssitzung der Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr bekannt sei.

Oberbürgermeister Pauly erwidert, dass es durchaus zulässig sei, den Vortrag der Ausschussarbeit zu wiederholen. Die Redezeit sei dabei im Rahmen.

Fraktionssprecher Blaurock: Es brauche heute keine Diskussion mehr, aber es gebe einen erhöhten Bedarf an Daten und Zahlen, das fordere Herr Dr. Wagner zu Recht. Die neue Einnahmeaufteilung im Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar stehe immer noch aus und Fahrgastzahlen vom Wochenendverkehr seien nicht erhoben worden. Die Fraktion der Grünen stimme zu, die Vertragsverlängerung bis 2021 sei alternativlos.

Fraktionssprecherin Weishaar: Die GUB-Fraktion stimme ebenfalls zu, hier sei eine politische Entscheidung zu treffen. Mit dem Betreiber habe die Stadt gute Erfahrungen gemacht, der neue Donaubustarif (1,50 Euro) sei ein Entgegenkommen gewesen. Der ÖPNV müsse noch attraktiver gemacht werden. Das werde gegebenenfalls durch eine Parkraumbewirtschaftung erreicht. Da die Linien 1 und 2 nicht so stark frequentiert sei, reiche der Stundentakt dort aus. Dadurch könne der Donabus stattdessen das Haberfeld sowie das Industriegebiet anfahren, um neue Fahrgäste zu gewinnen.

Fraktionssprecher Vetter: Kostentransparenz sei wichtig und schaffe Akzeptanz. Überlegenswert sei es, einen externen Gutachter zu beauftragen.

Fraktionssprecher Greiner: Der Stadtbus als Ganzes stehe nicht in Frage. Das Buskonzept sei richtig, es sei ein Angebot der Stadt an die Bürger. Manche seien darauf angewiesen. Ein Fußgänger nehme gerne den Bus. Die CDU Fraktion stimme dem Vorschlag zu. Fehlende Zahlen müssten, wie bereits erwähnt, nachgereicht werden.

Oberbürgermeister Pauly erläutert zusammenfassend die Konsequenzen für die Stadt, falls der Gemeinderat der Vertragsverlängerung nicht zustimmt.

Im Anschluss wird von der FDP/FW-Fraktion folgender Änderungsantrag zur Abstimmung eingebracht:

Beschlussantrag FDP/FW-Fraktion:

1. Der Gemeinderat stimmt der Verlängerung des öffentlichen Dienstleistungsvertrags im Sinne des PBefG mit der Verkehrsgesellschaft Bregtal mbH zunächst für ein Jahr

bis zum 15.08.2021 zu.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stadtbuskonzeption weiterzuentwickeln.

(7 Ja, 24 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Beschlussantrag der FDP/FW-Fraktion ist damit abgelehnt.

Im Anschluss wird der Beschluss aus der Arbeitsgruppe Stadtbusverkehr zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Verlängerung des öffentlichen Dienstleistungsvertrags im Sinne des PBefG mit der Verkehrsgesellschaft Bregtal mbH bis zum 15.08.2027 zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Stadtbuskonzeption weiterzuentwickeln.

(23 Ja, 7 Nein, 3 Enthaltungen)

16) TOP 7-018/20 Haushalt 2020 - Zwischenbericht zum 30.06.2020

Oberbürgermeister Pauly weist darauf hin, dass in der gestrigen Fraktionssprechersitzung angemerkt worden sei, nicht von „Einsparungen“ (Sitzungsvorlage, Seite 181), sondern von einer „Verbesserung der Planung“ zu sprechen. Ein ausgeglichener Ergebnishaushalt 2020 sei zudem erreichbar (vgl. Seite 183).

Amtsleiter Zoller führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-018/20 ein. Dass es keine Liquiditätsprobleme gebe, sei äußerst positiv.

Oberbürgermeister Pauly: Angesichts der gegenwärtigen Situation könne man mit dem Zwischenergebnis sehr zufrieden sein. Es gebe ein höheres Liquiditätspolster, da dieses Jahr mehr Ausgaben geplant seien, von Ersparnis könne aber keine Rede sein, da diese auf nächstes Jahr verschoben würden.

Fraktionssprecher Blaurock: Nach der vorliegenden Sitzungsvorlage erscheine die Haushaltslage als durchaus positiv (Seite 182). Tatsächlich werde der Schlag in 2021 noch kommen. Die Stadt könne sich die Planungen nicht leisten. Der Antrag der FDP/FW-Fraktion solle daher ernstgenommen und Verbesserungsvorschläge gemacht werden.

Oberbürgermeister Pauly zitiert diesbezüglich aus der Sitzungsvorlage: ...“Die Stadt kann sich bis heute weitestgehend auf den geplanten Finanzrahmen verlassen. Unabhängig davon müssen im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen für die Jahre 2021 ff. ernsthafte Konsolidierungsentscheidungen beraten und beschlossen werden.“ (Seite 183, Fazit)

Fraktionssprecher Greiner stimmt dem zu. Der Gemeinderat beschließe erforderliche Ausgaben, da könne es nicht sein, dass diese auf einmal nicht mehr notwendig seien. Wenn eine Priorisierung durch die Verwaltung vorgenommen werde, werde diese unter Umständen wieder kritisiert.

Stadtrat Rainer Hall: Der Gemeinderat könne die Dringlichkeit der Maßnahmen nicht einschätzen, das müsse von der Verwaltung kommen. Daher brauche es eine Priorisierung.

Oberbürgermeister Pauly: Maßnahmen zu priorisieren sei eine Frage der Gewichtung. Darüber entscheide der Gemeinderat, dem sich so die Chance biete, die Geschicke der Stadt zu lenken. Da gehe es beispielsweise um die Frage, was dringender sei: Die Öffnungszeiten der Stadtbibliothek zu verlängern oder in Grüningen eine Halle zu bauen.

Stadtrat Kuttruff fragt nach der Höhe der zu erwartenden Vergnügungs-, Umsatz- und Fremdenverkehrssteuer.

Amtsleiter Zoller: Im September 2020 werde die nächste Steuerschätzung vorliegen. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Höhe Umsatzsteuer seien bislang noch offen. Die Steuereinnahmen aus der Vergnügungssteuer seien nach dem sog. Shut-down bereits wieder so gut, dass der Planansatz erreicht werden könne. Die Einnahmen aus der Fremdenverkehrssteuer seien relativ gering. Die könne er momentan nicht einschätzen und daher keine Angaben dazu machen.

Fraktionssprecher Vetter: Er freue sich darüber, dass der Ergebnishaushalt 2020 voraussichtlich ausgeglichen werden könne. Das solle nicht einfach schlecht geredet werden.

Beschluss: Der Finanzbericht zum 30. Juni 2020 wird zur Kenntnis genommen.

17) TOP 7-019/20 Antrag der FDP/FW vom 11.05.2020

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-019/20 ein. Die Verwaltung wolle den Gemeinderat optimal auf seine Entscheidungen vorbereiten. Aber es sei nicht ganz klar, was genau vorgeschlagen werden solle. Am Anfang seiner Amtszeit als

Oberbürgermeister habe er einige Kürzungen im Haushaltsplanentwurf vorgenommen, was weniger gut angekommen sei.

Fraktionssprecher Dr. Wagner: Er beziehe sich auf das Haushaltsjahr 2020/2021. Derzeit würden Maßnahmen in Höhe von 9,6 Millionen Euro nicht umgesetzt, obwohl sie beschlossen worden seien.

Amtsleiter Zoller fragt nach, in welchem Rahmen die Darstellung der Verwaltung gewünscht werde und was konkret anders gemacht werden solle. Bisher werde im Entwurf ein Maßnahmenkatalog unter Angabe der Kosten eingebracht, der aus Sicht der Verwaltung erforderlich sei. Dabei wolle die Verwaltung die Mehrheit abbilden, denn dadurch werde die Beschlussfassung im Gremium leichter. Der Haushaltsentwurf im Oktober bilde dann die Gesprächsgrundlage für den Gemeinderat.

Oberbürgermeister Pauly bietet dem Gremium zusätzliche Erläuterungen an und gegebenenfalls den Hinweis, ob die vorgeschlagene Maßnahme zu den Pflichtaufgaben zähle oder freiwillig geleistet werden solle.

Fraktionssprecher Blaurock: Er halte die Priorisierung dahingehend erforderlich, dass erkennbar werde, ob beispielsweise ein Vereinsheim notwendig sei oder nicht.

Oberbürgermeister Pauly: Er schlage vor, dass die Verwaltung den Haushaltsentwurf wie bisher einbringe, aber detailliertere Erläuterungen vornehme, wenn der Gemeinderat dies wünsche. Die Priorisierung könne beispielsweise bezüglich des Sanierungsbedarfs einer Straße erfolgen. Aber eine Vorgabe, ob die Öffnungszeiten der Bibliothek verlängert werden sollen oder nicht, erfolge nicht.

Fraktionssprecher Greiner: Er schlage vor, in zwei Spalten jeweils die Vor- und Nachteile der Maßnahme zu benennen.

Oberbürgermeister Pauly: Bezüglich des Antrags der FDP/FW-Fraktion wäre es denkbar, den Haushaltsentwurf 2021 wie bisher in einer Liste darzustellen und gegebenenfalls über zusätzliche Spalten die Einträge zu erläutern. Alternativ werde der Haushaltsentwurf gemäß dem vorliegenden Antrag aufbereitet.

Die Sitzung wird von 21:52 Uhr bis 22:00 Uhr unterbrochen.

Oberbürgermeister Pauly: stellt den Antrag der FDP/FW-Fraktion wie folgt zur Abstimmung:

Beschlussantrag der FDP/FW-Fraktion Dem Beschlussantrag der FDP/FW-Fraktion zur „Erstellung einer Priorisierungs-Liste für den Ergebnis- und Finanzhaushalt 2020 und folgende“ wird zugestimmt.

(11 Ja, 21 Nein, 1 Enthaltungen)

Der Beschlussantrag der FDP/FW-Fraktion ist damit abgelehnt.

Beschluss:

Im Anschluss wird über den Vorschlag der Verwaltung wie folgt abgestimmt:

Dem Vorgehen der Verwaltung wird zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

**18) TOP 4-042/20 Feuerwehrgerätehaus Pfohren / Neubau - Aufhebung Sperrvermerk
Planungskosten**

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-042/20 ein.

(Auf Nachfrage von Fraktionssprecher Greiner): In Pfohren solle ein schlichtes, funktionales Feuerwehrgerätehaus entstehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat hebt den Sperrvermerk über 25.000,-- € für die Planung / Neubau Feuerwehrgerätehaus Pfohren auf.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

**19) TOP 6-007/20 Mehrgenerationenhaus - Fortsetzung der finanziellen Förderung
durch das Bundesprogramm**

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-007/20 ein.

Die Stadt Donaueschingen wolle das Mehrgenerationenhaus gerne weiterhin fördern.

Beschluss:

1. Das Mehrgenerationenhaus Donaueschingen ist Bestandteil der kommunalen Aktivitäten zur Schaffung gleichwertiger Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger.

2. Das Mehrgenerationenhaus wird weiterhin in die kommunalen Planungen bzw. Aktivitäten zur Gestaltung des demografischen Wandels und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses eingebunden.
3. Die verbindliche kommunale Kofinanzierung für das Mehrgenerationenhaus Donaueschingen in Höhe von jährlich 10.000 € wird garantiert.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

20) TOP 6-005/20 Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen - Schließung ab 17. März 2020/Aussetzung der Elternbeiträge für die Monate Mai und Juni 2020

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-005/20 ein.

Stadträtin Riedmaier schlägt vor, die Gebühren für die Notbetreuung wie in den Nachbargemeinden tageweise abzurechnen.

Oberbürgermeister Pauly verweist darauf, dass in der Gemeinderatssitzung vom 28. April 2020 diesbezüglich auf Antrag der Grünen-Fraktion ein Kompromiss gefunden und die wochenweise Abrechnung beschlossen wurde.

Amtsleiter Biehler zitiert § 34 Abs. 1, Satz 5, GemO, wonach Anträge zur selben Sache innerhalb von 6 Monaten nicht noch einmal gestellt werden können.

Stadträtin Riedmaier nimmt diese Regelung unter Protest zur Kenntnis.

Beschluss:

Es wird zugestimmt, dass aufgrund der vom Land Baden-Württemberg angeordneten Schließung der Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen für die Monate Mai 2020 und Juni 2020 auf die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuungsangebote verzichtet wird.

Für die erweiterte Notbetreuung sowie den eingeschränkten Regelbetrieb sind Elternbeiträge in Höhe des jeweiligen Betreuungsangebots zu bezahlen.

(29 Ja, 0 Nein, 4 Enthaltungen)

21) TOP 6-006/20 Kindergärten/Kindertagesstätten/Kinderkrippen - Anpassung der Benutzungsgebühren (Elternbeiträge)

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 6-006/20 ein.

Amtsleiter Romer weist darauf hin, dass die Jahreszahl bei § 5 Nr. 6c der „Übersicht zur Erhebung von Benutzungsgebühren“ (Anlage 1, Seite 210) 2020 sein müsse und nicht 2019.

Fraktionssprecher Vetter: Die SPD-Fraktion werde dagegen stimmen, sie sei bereits mit ihrem Antrag auf kostenfreie Kindergartenjahre gescheitert. Die Kindergartengebühren der Stadt Donaueschingen seien im Landkreis Schwarzwald-Baar Spitzenreiter.

Amtsleiter Romer: Andere Kommunen würden 12 Monatsbeiträge erheben, Donaueschingen hingegen lege die Gebühr auf 11 Monatsbeiträge um.

Beschluss:

1. Der Erhöhung der Benutzungsgebühren (Elternbeiträge) für den Besuch der Kindergärten/Kindertagesstätten/Kinderkrippen zum 1. September 2020 wird, wie in Anlage 1 dargestellt, zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

2. Der Neufassung der Gebührensatzung (Anlage 2) wird zugestimmt.

(28 Ja, 4 Nein, 1 Enthaltung)

3. Die Benutzungsgebühren (Elternbeiträge) sind in elf Monaten zahlbar. Im Monat August sind keine Gebühren zu bezahlen.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

22) TOP 7-017/20 Annahme von Spenden - Genehmigung durch den Gemeinderat 2. Quartal 2020

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-017/20 ein.

Beschluss:

Der Annahme der in der Anlage verzeichneten Spenden wird zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

23) TOP 8-009/20 Kunst- und Musikschule - Gebührenanpassung

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 8-009/20 ein.

Herr Berger, Leiter Kunst- und Musikschule, (auf Nachfrage von Stadträtin Wiemer): Die Gebühren für Erwachsene und Kinder seien gleich hoch.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Gebührenanpassung der Kunst- und Musikschule zu und beschließt die als Anlage beigefügte Satzungsänderung.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

24) TOP 8-011/20 Neufassung der Satzung über die Benutzung der Stadtbibliothek Donaueschingen

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 8-011/20 ein.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Neufassung der Satzung über die Benutzung der Stadtbibliothek vom 28.07.2020.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

25) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

26) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

GUB-Fraktion: Fraktionssprecherin

Fraktionssprecherin Weishaar gibt bekannt, dass sie den Fraktionsvorsitz ihrer GUB-Fraktion nach 17 Jahren an Herrn Marcus Milbradt übergebe.

Oberbürgermeister Pauly dankt Stadträtin Weishaar für die geleistete Arbeit.

Digitalisierung Schulen

Amtsleiter Romer (auf Nachfrage von Stadtrat Reinholz): Die Medienentwicklungspläne des Landes Baden-Württemberg seien noch nicht erstellt. Bislang seien erst 127 Anträge genehmigt worden. Die Endgeräte aus der Soforthilfe des Digitalpakts seien jedoch bereits eingetroffen.